

Antifaschismus als Aktionsfeld von Linksextremisten

Stand: März 2002

Inhaltsverzeichnis

Seite

1.	Einleitung	3
2.	„Faschismus“ - was ist das eigentlich?	4
3.	... und was ist dann „Antifaschismus“?	9
4.	Facetten linksextremistischer Antifaschismuserbeit	12
4.1	„Antifaschismus“ als Kampf gegen „Nazis“	13
4.2	„Antifaschismus“ als Kampf gegen „Revisionismus“	15
4.3	„Antifaschismus“ als Kampf gegen „Rassismus“ und „Ausgrenzung“	16
4.4	„Antifaschismus“ als Kampf gegen „Repression“	17
4.5	„Antifaschismus“ als Kampf gegen „Militarismus“, „Nationalismus“ und „Imperialismus“	19
5.	Träger linksextremistischer Antifaschismuserbeit	21
5.1	Linksextremistische Parteien und Organisationen	22
5.2	„Autonomer Antifaschismus“	25
5.3	„Antifaschistische“ Bündnisse	29
6.	Formen linksextremistischer Antifaschismuserbeit	30
6.1	„Legalier Antifaschismus“	31
6.2	Militanter „Antifaschismus“	34
7.	Fazit	37

1. Einleitung

Vielen politisch Interessierten ist „Antifaschismus“ ein Begriff. Die Frage jedoch, was darunter eigentlich zu verstehen ist, lässt sich nicht leicht und noch weniger eindeutig beantworten. Versuche einer Definition führen rasch zu der Einsicht, dass es eine allgemein gültige Festlegung nicht gibt, dass der Inhalt vielmehr, je nachdem, wer damit operiert, sehr unterschiedlich interpretiert wird. So schillernd, wie der Begriff selbst ist, so vielfältig sind auch die politischen Akteure, die ihn gebrauchen, und von denen manche sich seiner bedienen, um damit Zielsetzungen zu verfolgen, die auf den ersten Blick nicht als linksextremistische Agitation erkennbar sind.

Bittere Erfahrungen aus der eigenen Geschichte haben in der Bundesrepublik Deutschland zu der Entschlossenheit geführt, neuerliche historisch-politische Fehlentwicklungen künftig nicht mehr zuzulassen und jeglichen Ansatz dazu frühzeitig und konsequent zu unterbinden. Dabei gibt es gerade im Hinblick auf die nationalsozialistische Vergangenheit gegen rechtsextremistische, häufig auch als „faschistisch“ bezeichnete Tendenzen eine besondere Sensibilität. Insoweit verstehen sich die meisten Personen als „Antifaschisten“ - unabhängig von ihrer sonstigen politischen Überzeugung.

Aber auch jeder Linksextremist sieht sich als „Antifaschist“. Genau dies macht die Unterscheidung zwischen legitimem „antifaschistischem“ Engagement und linksextremistisch unterlegtem und damit letztlich verfassungsfeindlichem „Antifaschismus“ so problematisch. Gerade aufgrund seiner weiten Verbreitung in Politik und Gesellschaft, aber ebenso wegen seiner begrifflichen Dehnbarkeit ist der „Antifaschismus“ ein besonders geeignetes und nicht von ungefähr zentrales Agitations- und Aktionsfeld von Linksextremisten. Er erleichtert es ihnen, auch „bürgerliche“ Kreise auf scheinbar unverdächtige Weise für dieses Thema zu gewinnen und für ihre weitergehenden Ziele einzuspannen. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, nicht zuletzt deshalb, weil sie noch politisch formbar, leicht zu begeistern und schneller bereit sind, selbst politisch aktiv zu werden in der Überzeugung, einer guten Sache zu dienen.

Ziel dieser Broschüre ist es, das linksextremistische Antifaschismusverständnis darzustellen und auf die sich daraus ergebenden Gefahren einer politischen Instrumentalisierung des „Antifaschismus“ aufmerksam zu machen. Um den Rahmen dieser Publikation nicht zu sprengen, kann die komplexe Materie freilich nicht erschöpfend behandelt werden. Insbesondere eine Darstellung sämtlicher im linksextremistischen Lager früher oder aktuell diskutierter Faschismustheorien, die die theo-

retisch-ideologische Grundlage des Antifaschismusverständnisses abgeben, ist deshalb nicht möglich. Die vorliegende Broschüre basiert vielmehr auf der gängigen Interpretation des „Faschismus“ durch die derzeitigen Hauptträger des linksextremistischen „Antifaschismus“, verbunden mit einer Beschreibung der Formen und Inhalte linksextremistischer Antifaschismuserarbeit.

2. „Faschismus“ - was ist das eigentlich?

„Faschismus“ als Eigenbezeichnung ist ein ausschließlich italienisches Phänomen. Der Begriff und seine praktische inhaltliche Ausprägung gehen zurück auf Benito Mussolini. Dieser hatte nach seinem Austritt aus der italienischen „Sozialistischen Partei“ die „fasci d'azione rivoluzionari“ („Bünde der revolutionären Aktion“) gegründet. Deren Ziel war die massive Propagierung des Kriegseintritts Italiens aufseiten der Entente. 1919, nach dem Ende des Ersten Weltkriegs, rief Mussolini die so genannten fasci di combattimento („Kampfbünde“) ins Leben, deren Mitglieder - zumeist ehemalige Soldaten - „fascisti“ genannt wurden. Diese uniformierten und Gewalt auf der Straße praktizierenden Verbände wurden von ihm 1921 in eine Partei, die „Partito Nazionale Fascista“, umgewandelt. Mit deren Hilfe gelang es dem seit dem 28. Oktober 1922 als italienischer Ministerpräsident amtierenden Mussolini nach und nach, den politischen Gegner auszuschalten und die Strukturen des parlamentarischen Staats zu beseitigen.

Ob die Bezeichnung „Faschismus“, die im Grunde nicht mehr als ein spezifisches Herrschaftssystem unter Mussolini beschreibt, auch auf andere Rechtsdiktaturen ausgeweitet und damit zu einer Art „Gattungsbegriff“ erhoben werden kann, ist umstritten. Das gewichtigste Gegenargument ist der Einwand, dass damit den jeweiligen Besonderheiten (historische Hintergründe, nationale Voraussetzungen, Entstehungsbedingungen, Zielsetzungen, individuelle Ausgestaltung) nicht genügend Rechnung getragen werde. Das führe letztendlich dazu, ein „faschistisches System“ an lediglich sehr allgemeinen Grundtendenzen festmachen zu können. So sind auch - ohne an dieser Stelle darauf eingehen zu können - der Faschismus Italiens und der deutsche Nationalsozialismus nur sehr bedingt miteinander vergleichbar. Eine verallgemeinernde Faschismustheorie wird daher von der Mehrzahl westlicher Historiker und Politikwissenschaftler als für die konkrete Analyse politischer Phänomene wenig tauglich abgelehnt.

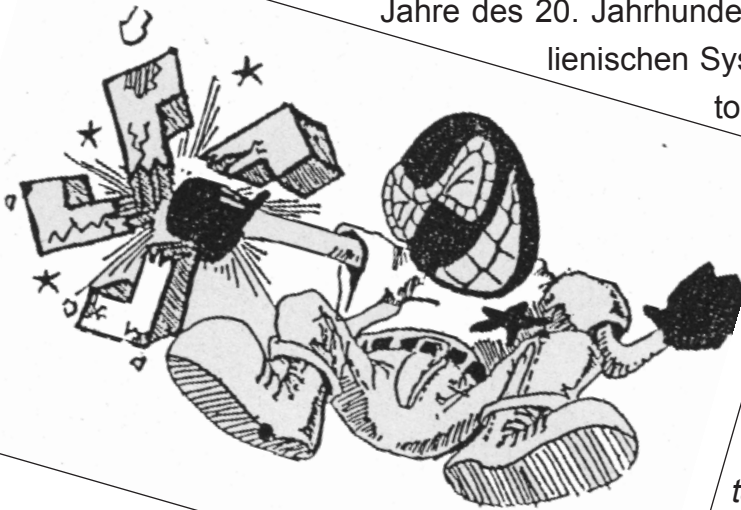
Gleichwohl gibt es neben verschiedenen marxistischen Faschismustheorien, denen eine antikapitalistische Stoßrichtung gemeinsam ist, auch nichtmarxistische Faschismustheorien. Diese verwenden den Begriff „Faschismus“ als wissenschaftliches Erklärungsmuster für eine Reihe ähnlicher historisch-politischer Phänomene. Damit verbunden ist unter anderem das Bestreben, den Begriffen „Kommunismus“, „Sozialismus“ oder „Demokratie“ einen summarischen Gegenbegriff für alle antidemokratischen Rechtsbewegungen entgegensetzen zu können. Insofern ist selbst im nicht-marxistischen Bereich der Faschismusbegriff bereits durch Doppeldeutigkeit gekennzeichnet: als Bezeichnung des speziell italienischen Systems wie als politischer Sammelbegriff.

Vor allem die Entwicklung marxistischer Faschismustheorien entspringt zu einem wesentlichen Teil einer Ablehnung westlicher Totalitarismustheorien, die den Begriff des „Totalitarismus“ aus vergleichender Perspektive - diktatorische Systeme sowohl „rechter“ als auch „linker“ Herkunft - zur Erklärung und Beschreibung von im Gegensatz zum demokratischen Verfassungsstaat stehenden politischen Systemen des 20. Jahrhunderts bevorzugen. Die Vergleichbarkeit „linker“ und „rechter“ totalitärer Systeme wird von Kommunisten energisch bestritten. Den westlichen Totalitarismuskonzeptionen wird vor allem vorgeworfen, „linke“ und „rechte“ Diktaturen gleichzusetzen und damit der Singularität des nationalsozialistischen Regimes nicht gerecht zu werden.



Marxisten sind deshalb ihrerseits bestrebt, anstatt der Gegenüberstellung von „Demokratie“ und „Diktatur“ das Gegensatzpaar „Faschismus“ - „Sozialismus“ zu präsentieren. Entsprechend der marxistischen Gesellschaftslehre ist eine Staats- und Gesellschaftsform entscheidend geprägt durch die „Produktionsverhältnisse“. Aus dieser Sichtweise können Stalinismus und Faschismus höchstens Ähnlichkeiten in der Herrschaftstechnik aufweisen, sind jedoch aufgrund ihrer jeweiligen sozioökonomischen Basis (hier vergesellschaftetes Eigentum, dort Privateigentum an Produktionsmitteln) zwei verschiedene Phänomene. Den Totalitarismustheorien zufolge stellen Stalinismus und Faschismus hingegen zwei Erscheinungsformen desselben Grundtyps dar.

Sozialisten und Kommunisten begannen schon Anfang der zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts, die Selbstbezeichnung des italienischen Systems auch auf andere rechtsdiktatorische Regime zu übertragen und damit den Begriff zu generalisieren.



Bereits auf dem V. Weltkongress der „Kommunistischen Internationale“ (Komintern) von 1924 wurde der Faschismus als *„Kampfinstrument der Bourgeoisie gegen das Proletariat“* definiert. Entsprechend wurden schon bald neben Italien auch andere Regime und Parteien als „faschistisch“ eingestuft.

Richtungweisend wurde eine im Grundsatz bis heute gültige Definition, die Georgi Dimitroff, Generalsekretär der Komintern, auf deren VII. Weltkongress im August 1935 vornahm. Danach ist der Faschismus *„eine unverhüllte terroristische Diktatur der extrem reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“*. Der Faschismus bedeute darüber hinaus keineswegs - wie der Nationalsozialismus behauptete - eine Aufhebung der Klassen. *„... Nein, der Faschismus ist keine über den Klassen stehende Macht ... Faschismus ist die Macht des Finanzkapitals selbst. Das ist eine Organisation zur gewaltmäßigen Unterwerfung der Arbeiterklasse und der revolutionären Teile der Bauernschaft und der Intelligenz ...“*.

Dimitroff stellte 1935 noch ein Weiteres klar: War bis zu diesem Zeitpunkt zwischen „bürgerlicher Demokratie“ und faschistischer Herrschaft kein Unterschied gemacht worden, betonte er nun, dass die *„faschistische Machtergreifung ... keine einfache Ablösung einer bürgerlichen Regierung durch eine andere“* bedeute, sondern *„die Ablösung einer Staatsform der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, der bürgerlichen Demokratie, durch eine andere, durch die unverhüllte terroristische Diktatur“*. Diesen qualitativen Unterschied beschreibt der marxistische Politikwissenschaftler Reinhard Kühnl heute so:

„Faschismus ist ein Herrschaftssystem in der Periode des Monopolkapitalismus. Faschismus ist dasjenige System, das der arbeitenden Bevölkerung jede Möglichkeit nimmt, ihre Inte-

ressen zu artikulieren und organisiert zu vertreten. Faschismus ist konterrevolutionär in einem doppelten Sinne: Er vernichtet nicht nur die politischen und sozialen Rechte, die in der Revolutionsperiode nach dem Ersten Weltkrieg errungen wurden, sondern auch die Rechte und Freiheiten, die die klassischen bürgerlichen Revolutionen errungen hatten.

Im Unterschied zu autoritären Regimes ist Faschismus diejenige Herrschaftsform, die diese Rechte und Möglichkeiten nicht nur partiell, zeitweise und gegenüber einem Teil der demokratischen Organisationen vernichtet, sondern vollständig, auf Dauer und gegenüber allen.“¹

Gegenüber der „verdeckten Diktatur“ innerhalb des „bürgerlichen“ bzw. „bürgerlich-autoritären“ Systems ist der Faschismus als „offene Diktatur“ also eine qualitative Weiterentwicklung.

Der Übergang des Faschismus zu letzterer Form droht in Krisenzeiten, wenn das Finanzkapital seine Herrschaft bedroht sieht und den Faschismus einsetzt, um über Einschüchterung und Terror seine Privilegien zu sichern. Deutlich wird hieran das Verständnis vom „Faschismus“ als Instrument zur Herrschaftssicherung.

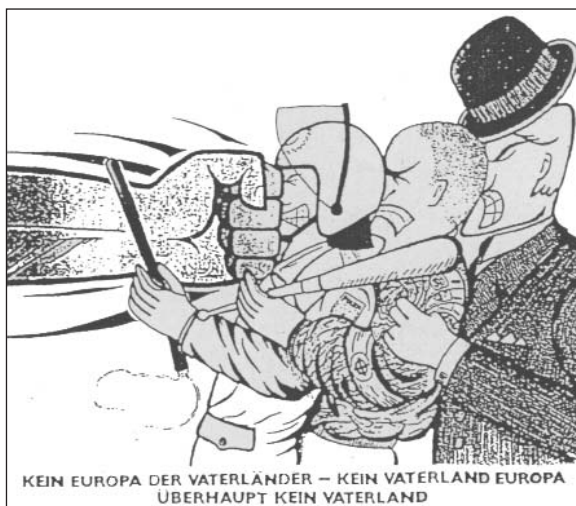
Die Gefahr eines solchen Übergangs von der „verdeckten“ zur „offenen Diktatur“ des „Monopolkapitals“ wird heute allerdings nicht mehr unbedingt als akut eingeschätzt. Denn unter den derzeit gegebenen Bedingungen habe das „Finanzkapital“ gar kein Interesse am Übergang zur offen terroristischen Diktatur, sondern strebe die Herrschaftssicherung innerhalb der bürgerlich-demokratischen Staatsform an. Zwar stelle der Faschismus nach wie vor die „*strategische Reserve der herrschenden Klasse*“ dar. Die „*Hauptfunktion faschistischer Ideologien, Gruppen und Aktivitäten*“ bestehe jedoch heute vielmehr darin, „*Unterstützung für eine rechtsorientierte (auf stärker autoritär bestimmte Herrschaftsmethoden und auf Militarisierung der Gesellschaft gerichtete) Politik zu liefern*“.²

¹ Vgl. Reinhard Kühnl, Faschismus - Antifaschismus. Theorien über den Faschismus, in: Jens Mecklenburg, Hrsg., Handbuch des deutschen Rechtsextremismus, Berlin 1996, S. 48.

² Vgl. ebd., S. 50.

„Faschismus“ und „Rechtsextremismus“ sind nicht nur vor diesem Hintergrund keineswegs Synonyme. Die Weigerung, in Deutschland von „Faschismus“ zu sprechen und statt dessen von „Rechtsextremismus“ zu reden, bedeutet aus „linker“ Sichtweise, dass damit gleichzeitig die Leugnung *„der Kontinuitäten des Faschismus über 1945 hinaus“*³ einhergehe. Wer hier - notwendigerweise - bewusst unterscheidet, dem sollte bereits der jeweilige Gebrauch dieser Begriffe etwas über die damit verbundene politische Gesinnung aussagen. Allerdings ist es heutzutage kaum mehr möglich, anhand der verwandten Begrifflichkeit mit Eindeutigkeit die jeweilige politisch-ideologische Position zu orten. Denn durch eine unkritische Übernahme des Begriffs „Faschismus“ hat derselbe längst Eingang in den allgemeinen Sprachgebrauch gefunden. Seine mittlerweile erreichte „Salonfähigkeit“ wird von „linker“ Seite gezielt weiterbetrieben.

Um so wichtiger bleibt es, vor einem undifferenzierten Gebrauch des Terminus „Faschismus“ zu warnen, und es ist ratsam, das Auftauchen dieses Begriffs in seinem jeweiligen Kontext kritisch zu hinterfragen. Eine Position, die nicht Gefahr laufen will, einseitig vereinnahmt zu werden, muss sich deutlich gegenüber Extremisten jeglicher Richtung abgrenzen. Ein solcher Standpunkt ist am eindeutigsten gekennzeichnet mit einer grundsätzlich „antitotalitären“ Haltung. „Antitotalitär“ - eben nicht nur „antifaschistisch“ - war auch der Gründungskonsens bei der Entstehung der Bundesrepublik Deutschland, und das Stichwort von der



„wehrhaften Demokratie“ beschreibt ein spezifisches Instrumentarium zur aktiven Abwehr der Feinde von „rechts“ und von „links“.

³ „Der rechte Rand“ Nr. 40 vom Mai/Juni 1996, S. 21.

3. ... und was ist dann „Antifaschismus“?

„Antifaschismus“ beschrieb in der Zeit des Nationalsozialismus den Widerstand verschiedener politischer Kräfte, die trotz aller sonstiger Differenzen in der Ablehnung des bestehenden politischen Systems übereinstimmten. Deren bereits damals übliche Eigenbenennung als „Antifaschisten“ ist wiederum die Übernahme einer Selbstbezeichnung der Gegner des Faschismus in Italien seit der Regierungsübernahme Mussolinis. Schon damals wurden mit dem Begriff „Antifaschismus“ unterschiedliche Inhalte verbunden: Während Nicht-Marxisten darunter ihre politische Gegnerschaft speziell zum Nationalsozialismus verstanden, vertraten Kommunisten die Auffassung, dass der Faschismus eine Form bürgerlicher Herrschaft darstelle, die es folglich als solche zu bekämpfen galt.

Dieses mehrdimensionale Antifaschismusverständnis besteht bis heute fort. Ein „Antifaschist“ ist, dem einfachen Sinn des Wortes nach, jemand, der gegen „Faschismus“ ist. Wenn man die inflationäre Verwendung dieses Begriffs in Rechnung stellt, handelt es sich also im Kern um Personen, die sich gegen Rechtsextremismus wenden und für die Erhaltung von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und parlamentarisch-demokratischer Regierungsform eintreten. Dieses - auch öffentliche - Engagement gegen Faschismus bzw. Rechtsextremismus, mit dem auf drohende Gefahren aufmerksam gemacht bzw. solchen im Rahmen der grundgesetzlich garantierten Meinungs- und Demonstrationenfreiheit entgegengetreten werden soll, ist das Recht eines jeden. Ein derartiges politisches Engagement unterliegt deshalb auch nicht der Beobachtung des Verfassungsschutzes.



Von Linksextremisten indes wird der Begriff mit einem anderen - nämlich ideologisch-programmatischen - Bedeutungsgehalt unterlegt und dementsprechend mit einer weitergehenden Zielsetzung verbunden, die sich letztendlich gegen unseren Staat und auf die Herstellung einer totalitären Ordnung richtet: Gemäß der bereits erwähnten, in den 60er Jahren leicht modifizierten „Dimitroff-Formel“ gilt der Faschismus, die „offen terroristische Diktatur des Finanzkapitals“, als eine Form „bürgerlicher“ Herr-

schaft unter den Bedingungen des „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap). Das „Finanzkapital“ ist nach marxistisch-leninistischer Lehre eine Ausformung des „Monopolkapitals“, das seinen Höhepunkt im „staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) findet, und stellt ein Charakteristikum des Imperialismus als höchster und letzter Phase des Kapitalismus dar.

Wenn Faschismus - häufig ist auch von Neofaschismus die Rede - aber nichts anderes ist als ein Instrument zur Herrschaftssicherung des „Finanz“- oder „Monopolkapitals“, dann bleibt er stets eine mehr oder weniger latente Gefahr, solange es diesen „Monopolkapitalismus“ gibt. Alle kapitalistischen Systeme sind demnach potenziell faschistisch. Voraussetzung für eine endgültige Ausschaltung des Faschismus ist deswegen die Abschaffung dieses (Monopol-)Kapitalismus, d.h. des Privateigentums an Produktionsmitteln.

Deutlich wird hier die für Kommunisten typische Unterscheidungsweise politischer Systeme nach den ihnen zugrunde liegenden Eigentumsverhältnissen, die zur Gegenüberstellung von Kapitalismus (Privateigentum an Produktionsmitteln) und Sozialismus (vergesellschaftetes, kollektives Eigentum) führt. Da also Faschismus als latente Gefahr so lange droht, wie das kapitalistische System existiert, ergibt sich als Konsequenz daraus, dass „Antifaschismus“ bei Linksextremisten nicht bei bloßer Ablehnung oder Gegnerschaft zum Rechtsextremismus stehen bleiben kann. Vielmehr wird nach deren Anschauung der Faschismus erst dann wirkungsvoll bekämpft, wenn man seine materielle, sozio-ökonomische Basis durch die Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln beseitigt und an deren Stelle eine „antifaschistische“ und „antimonopolistische Demokratie“ errichtet.

Wenn Linksextremisten somit von der Notwendigkeit reden, nicht nur die Symptome zu bekämpfen, sondern vielmehr das „Übel an der Wurzel“ zu packen und die „gesellschaftlichen und ökonomischen Ursachen des Faschismus“ zu beseitigen, bedeutet das im Klartext nichts anderes als auf eine Überwindung des bestehenden Systems hinwirken zu wollen.

Linksextremistischer „Antifaschismus“ enthält also ein politisches Programm. Eng verbunden damit ist bis heute unverändert das Bemühen um eine einseitige Vereinnahmung. Die dem linksextremistischen Antifaschismusbegriff eigene antikapitalistische Stoßrichtung bedeutet im Umkehrschluss, dass jemand, der nicht gleichzeitig die bestehende politisch-gesellschaftliche Ordnung bekämpft, eigentlich kein „Antifaschist“ und ein Antikommunist ebenfalls kein „Antifaschist“ sein kann. Damit wird unverkenn-

bar eine Einengung des Begriffs „Antifaschist“ auf Sozialisten/Kommunisten bzw. „Linke“ im weiteren Sinne vorgenommen, die gerne einhergeht mit der politischen Diffamierung aller derjenigen, die deren Ziele und Forderungen nicht vorbehaltlos unterstützen. Aus dieser für Linksextremisten typischen Interpretation ergibt sich auch der aggressive Charakter des auf diese Weise instrumentalisierten „Antifaschismus“.

Das Schlagwort „Antifaschismus“ als politischer Kampfbegriff hat die Bundesrepublik Deutschland seit ihrem Bestehen begleitet. Aufgrund ihrer geografischen Lage an der Schnittstelle zwischen Ost und West und infolge des Systemantagonismus zweier deutscher Staaten war sie seit 1949 als Brennpunkt des Ost-West-Konflikts wie kein anderer Staat jahrzehntelang „antifaschistischer“ Propaganda, zunächst seitens der Sowjetunion, dann aber auch der damaligen DDR ausgesetzt. „Antifaschismus“ war insbesondere für letztere Kampfbegriff in der propagandistischen Auseinandersetzung mit der Bundesrepublik Deutschland als demokratisch-rechtsstaatlichem System westlicher Prägung. „Antifaschismus“ war aber zugleich auch die „Legitimationsideologie“ der früheren DDR mit ihrer als Übergangssystem zum Sozialismus verstandenen, in den Jahren 1945-1952 etablierten „antifaschistisch-demokratischen Ordnung“. Der Zusammenbruch des DDR-Regimes bewirkte eine Diskreditierung des „Antifaschismus“, unter anderem durch die nachträglich bekannt gewordene Tatsache, dass in diesem System, das vorgegeben hatte, der „erste antifaschistische Staat auf deutschem Boden“ zu sein, rechtsextremistische Bestrebungen allenfalls unterdrückt, nicht aber beseitigt worden waren.

Die Jahre 1989/90 - der Untergang des „real existierenden Sozialismus“ - setzten daher eine tiefe Zäsur für die deutsche „Linke“. Der „Antifaschismus“ wandelte sich von der Legitimationsideologie der ehemaligen DDR zu einer Integrationsideologie für die „Linke“ im wiedervereinigten Deutschland, die gegen einen gemeinsamen Feind - den „rechten“ politischen Gegner und vermeintliche „faschistische“ Tendenzen in Staat und Gesellschaft - gerichtetes Handeln, ungeachtet aller ideologischen Unterschiede, ermöglicht.

„Antifaschismus“ hat nach 1990 an theoretischer Fundierung eingebüßt, ist statt dessen stärker aktionistisch ausgerichtet und lässt in einer Vielzahl von Teilbereichen politisches Engagement unter ein und demselben Vorzeichen zu. Geblieben ist die überragende Funktion des „Antifaschismus“ für die linksextremistische Bündnisstrategie und als Vehikel zur Verbreitung „linker“ Politikinhalt, denn, so heißt es etwa im „antifaschistischen Kalender“ von 1995:

„Antifaschismus war immer mehr, als nur gegen Nazis vorzugehen. Antifaschismus war immer unteilbar mit linken Ideen, mit der Idee des Sozialismus verbunden und war zudem immer wieder politischer Anknüpfungspunkt auch zu bürgerlichen Kreisen.“

4. Facetten linksextremistischer Antifaschismuserbeit

Ansatzpunkt für linksextremistische „antifaschistische“ Agitation ist zum einen die „Kontinuitätsthese“, d.h. die Behauptung eines angeblich nahezu bruchlosen Übergangs vom Nationalsozialismus zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland. „Belegt“ wird dies - wie schon die DDR-Geschichtsschreibung nachzuweisen versuchte - mit dem angeblichen Fortbestehen „faschistischer Strukturen“ und der „Machteliten des faschistischen Deutschlands“ in Justiz, Staat, Politik, Wirtschaft und Militär.

Die so genannte Refaschisierungsthese wiederum unterstellt die angebliche Wiederkehr des Faschismus in Deutschland, die sich im kontinuierlichen Auf- und Ausbau „faschistischer“ Strukturen manifestiere und die vom Staat bewusst vorangetrieben werde. Hierzu wird etwa das angebliche „Gewähren lassen“ von „Nazis“ gezählt oder ein angeblicher „staatlicher Revisionismus“, der in der Gesellschaft den Boden für eine weitere faschistische Entwicklung bereiten solle.

Linksextremisten glauben, eine Zunahme „staatlichen Terrors“ - in erster Linie naturgemäß gegen „Linke“ - feststellen und eine Entwicklung absehen zu können, die untrüglich zumindest die Tendenz zum „Polizeistaat“ oder „präventiven Überwachungsstaat“ beinhalte. Neben die zentrale Aufgabe, solchen Tendenzen entgegenzutreten, tritt außerdem der Kampf gegen Rassismus, Repression, Militarisierung, Nationalismus und Imperialismus, die als Wesenselemente des „Faschismus“ gelten. Dabei werden immer wieder scheinbare Analogien zwischen der gegenwärtigen politisch-sozialen Lage in Deutschland und der Entwicklung zum Nationalsozialismus bzw. der Situation Ende der zwanziger/Anfang der dreißiger Jahre hergestellt.

4.1 „Antifaschismus“ als Kampf gegen „Nazis“

Unter den Teilbereichen der Antifaschismusarbeit ist bereits seit Jahren eine Schwerpunktverlagerung auf „Anti-Nazi-Arbeit“ unverkennbar. Auf diesem Politikfeld lässt sich besonders gut die für (Links-)Extremisten typische Tendenz zu Verallgemeinerungen, Pauschalisierungen, Übertreibungen und zum Operieren mit Halbwahrheiten beobachten, um damit ein angeblich vorhandenes politisches Szenario



zu konstruieren. Einzelvorfälle werden ohne Prüfung des Hintergrunds eingereiht in eine vermeintliche Entwicklung bzw. Tendenz. Nach diesem Muster werden Schändungen jüdischer Friedhöfe, Brandanschläge auf Wohnhäuser von Ausländern oder Asylbewerberheime und das Auftreten von Skinheads („Nazibanden“) auf der Straße zum „Regelfall“ hochstilisiert, wonach „in diesem Land kein Tag“ vergehe, „an dem nicht rassistische und neonazistische Angriffe stattfinden.“⁴ Dabei wird ein dahinter stehendes planmäßiges - vom Staat gedecktes - Vorgehen von „Nazis“ unterstellt, sozusagen nach „altem Strickmuster“:

„Vieles, was damals dem Naziterror voranging, prägt auch heute die Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. (...) Auch die braunen Schlägertrupps sind heute wieder aktiv: Als Skinheads und Neonazis, manchmal sogar als Soldaten in Uniform jagen sie Menschen allein wegen ihrer Herkunft oder ihres Aussehens durch die Straßen, beleidigen, verprügeln oder töten sie. Als rassistische Brandstifter zünden sie Häuser und Wohnungen an ...“⁵



⁴ Flugblatt „Die Brandstifter bekämpfen! Die Biedermänner entlarven!“ als Aufruf zu einem am 14. Oktober 2000 in Karlsruhe durchgeführten „Aktionstag“.

⁵ Aufruf zum 30. Januar 1998, in: „AARNie. Inforundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnisses Rhein-Neckar“ Nr. 7/98.

In einem Flugblatt „Zentral-Organ“ vom September 1997 heißt es:

„Diese Brände sind in ihrer Häufigkeit kein Zufall. Bei einem großen Teil ist bekannt, dass die Ursache Brandstiftung war. Da die Behörden immer versuchen, faschistische Übergriffe zu vertuschen, kann es nur durch antifaschistische Recherchen und Öffentlichkeit gelingen, diese aufzuklären. Die Brände sind aber nur ein Teil faschistischer Übergriffe. Täglich werden Menschen, die nicht in ihr Weltbild passen, angepöbelt und angegriffen. Die Behörden vertuschen und verharmlosen nicht nur Brandstiftungen. Faschisten werden als Einzeltäter dargestellt, die aus ‚pyromanischen Trieben‘ handeln würden“.



Aufrufe wie der zu einer Demonstration am 11. Oktober 1997 in Saalfeld (Thüringen) unter dem Motto „Kein Nazizentrum Saalfeld! Den rechten Konsens durchbrechen! Faschistische Strukturen aufdecken und zerschlagen!“ suggerieren, dass es bereits eine „faschistische“ Durchdringung von Staat, Gesellschaft und Politik sowie entsprechende festgefügte „rechte“ Strukturen gebe, die es zu zerschlagen gelte.

Diese angeblichen Tendenzen rechtfertigten, mehr noch, machten es zu einer Notwendigkeit und moralischen Verpflichtung, selbst gegen „Faschisten“ vorzugehen, denn, so heißt es, wer „Faschisten agieren lässt und wegschaut, trägt dazu bei faschistische und rassistische

Burschenschaften abschaffen! Für ein neues Autonomes Zentrum in Heidelberg!



Aktivitäten zum Normalzustand werden zu lassen.“⁶ Dem deutschen Staat wird dabei unterstellt, „auf dem rechten Auge blind“ zu sein und „Nazis“ mit seiner Rückendeckung frei agieren zu lassen, auch gegen „Linke“ (Stichwort „Anti-Antifa“⁷).

4.2 „Antifaschismus“ als Kampf gegen „Revisionismus“

Die zeitgenössische Debatte um eine Neueinordnung und -bewertung der jüngeren deutschen Vergangenheit, die u.a. mit dem so genannten Historikerstreit der Jahre 1987/88, d.h. der Kontroverse unter Geschichtswissenschaftlern über die Frage der Einzigartigkeit bzw. Vergleichbarkeit nationalsozialistischer Verbrechen, in eine breitere Öffentlichkeit getragen wurde, rührt an ein politisch-gesellschaftliches, aber gerade auch für linksextremistische „Antifaschisten“ fundamentales Tabu. Einerseits verlieh bislang die Erinnerung an die historische Schuld dem bekennenden „Antifaschisten“ eine gewisse moralische Unangreifbarkeit. Andererseits begründete der angeblich bruchlose Übergang des Systems von 1933 zur Bundesrepublik Deutschland nach 1945 „antifaschistischem“ Engagement seine „Berechtigung“. Von Linksextremisten wird deshalb jeder Versuch einer abweichenden Sichtweise gezielt in die Nähe rechtsextremistischer Revisionisten gerückt und als „Geschichtsrevisionismus“, „Geschichtsentsorgung“ oder „Geschichtsklitterung“ diffamiert, die die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes verdrängten, von Schuld reinwaschen und vergessen machen wollten bzw. verharmlosten oder sogar verleugneten und damit den Boden für eine neuerliche „faschistische“ Entwicklung bereiteten. So heißt es beispielsweise:

„Die BRD-Machtpolitik in ihren alten Traditionen braucht die Entsorgung des Nationalsozialismus zur Legitimierung ihres Systems. Leugnung der NS-Verbrechen, positive Bezugnahme auf den deutschen Faschismus, totalitarismustheoretische Ansätze oder das Gerede vom so genannten Ende der Nachkriegszeit haben konkrete Ziele: Dem deutschen Imperialismus sollen im internationalen Konkurrenzkampf um die Profite die bestehen-

⁶ „INTERIM“ Nr. 429 vom 7. August 1997 (Fehler im Original).

⁷ Überwiegend von Neonazis betriebene „Kampagne“, die dem „nationalen Lager“ unter Zurückstellung interner Differenzen eine neue organisationsübergreifende Plattform verschaffen soll. Unmittelbarer Zweck der „Anti-Antifa“-Arbeit ist die „Feindaufklärung“, also die Ermittlung und Verbreitung von Daten zu politischen Gegnern (u.a. „Linke“). Rechtsextremisten kopieren damit gewissermaßen spiegelbildlich die „Antifa“-Arbeit militanter Linksextremisten.

den politischen und militärischen Beschränkungen genommen - der Zusammenhang von Faschismus und Imperialismus soll geleugnet werden ...“⁸

Im Umkehrschluss steht hinter einer solchen Agitation die Zielsetzung, eine ausschließlich „antifaschistische“ Sichtweise wach zu halten. Vor diesem Hintergrund ist auch die hohe Aufmerksamkeit, die der Begehung von Gedenktagen („Jahrestag der Machtergreifung“, „Jahrestag der Befreiung“ etc.) oder der Erhaltung bzw. dem Neubau historischer Gedenkstätten gewidmet wird - eine für sich genommen wichtige und ehrbare Aufgabe -, zu sehen. Was freilich dahinter steht, deuten Aussagen an wie die folgende:

„Eine Gleichsetzung von Opfern und Tätern wird zunehmend betrieben. Das Gedenken, und damit auch die Schlussfolgerungen aus dem antifaschistischen Widerstand, sollen offensichtlich verdrängt werden und in einen ominösen antitotalitären, kapitalismusbejahenden Konsens münden.“⁹

Linksextremisten erkennen also durchaus die Gefahr, mit einem zunehmend hinterfragten, weil ideologisch gefärbten und einseitigen Geschichtsbild, das dem „Antifaschismus“ seine bislang kaum angefochtene Integrität und Legitimität verliehen hatte, zugleich eines ihrer wichtigsten Instrumentarien im „antifaschistischen Kampf“ beraubt zu werden.

4.3 „Antifaschismus“ als Kampf gegen „staatlichen Rassismus“ und „Ausgrenzung“

Anzeichen für den angeblich systemimmanenten Rassismus und die gewollte Ausgrenzung von Anders- und Fremdartigen ergeben sich für Linksextremisten insbesondere aus der deutschen Asylgesetzgebung und dem Umgang der Behörden mit Ausländern. Es werden Behauptungen aufgestellt wie die, dass selbst gewaltsame Übergriffe von Polizeibeamten auf Asylsuchende schon zur Normalität zu werden drohten. Dass solche Vorgänge schon gar nicht mehr auffielen, sei eine „logische

⁸ Flugschrift „Widerstand hat Tradition“ der „Antifa A5“ vom Februar 1997.

⁹ „Der rechte Rand“ Nr. 40 vom Mai/Juni 1996, S. 12 (Fehler im Original).

Konsequenz aus dem strukturellen Rassismus, der der deutschen und europäischen Abschreckungs- und Abschiebesystematik“ zugrunde liege. „... Erinnerungen an die nationalsozialistischen Deportationen werden wach ...“¹⁰

Unterstellt wird ein teils legales, teils illegales, in jedem Falle aber staatlich gedecktes, willkürliches Vorgehen gegen „Nicht-Deutsche“, aber auch gegen soziale Randgruppen und so genannte Marginalisierte wie Drogenabhängige, Bettler und Obdachlose. Außerdem behandle die Polizei Nicht-Deutsche angeblich „repressiver“ und zunehmend brutaler als Deutsche. Dies spiele sich in einem „Bewusstseinsrahmen“ ab, der eine „gesamtgemeinschaftlich wie auch individuell abgestufte Dehumanisierung von Nicht-Deutschen (in tausenderlei Spielarten: die Asylanten, die Ausländer, die Russen, die Afrikaner, die Dealermafia etc.)“¹¹ beinhalte. Unausgesprochen wird auch hier eine Parallele gezogen zur staatlichen Ausmerzungs politik des Naziregimes hinsichtlich so genannten lebensunwerten

Lebens. Den „Biedermännern und Brandstiftern“¹² in der Bundesregierung wird vorgeworfen, angesichts der von ihnen verschuldeten anhaltenden „Sozialmisere“ Ausländer zu „Sündenböcken“ zu machen und zur Ablenkung von ihrer Verantwortung „zu einer altbekannten Waffe: zur rassistischen Demagogie“ zu greifen.

VERTEIDIGT DIE FLÜCHTLINGE

Faschistische Übergriffe sind nur die Spitze des Eisbergs.

Alltäglich sind die Schikanen der Ausländerbehörde.

Alltäglich ist die Stimmungsmache von „Bild“ bis „Spiegel“.

Flüchtlinge müssen in Lagern leben, ständig von Abschiebung bedroht.

Ausländische Arbeiter und Arbeiterinnen unterliegen einer verschärften Sondergesetzgebung.

GEGEN AUSLÄNDERBEHÖRDE, FASCHISTEN UND MEDIENHETZE!

Antifa-Info-Telefon: [REDACTED]

Bezug über: Autonome Gruppe 1. Mai, Telefon: [REDACTED]

4.4 „Antifaschismus“ als Kampf gegen „Repression“

Seit Jahren schon konstatieren Linksextremisten eine angeblich zunehmende „staatliche Repression“ nach innen zur Einschüchterung, Ausgrenzung, Unterdrückung,

¹⁰ Beitrag im Mailboxsystem Comlink vom 21. November 1997.

¹¹ „Antifaschistisches Infoblatt“ Nr. 39 vom Juli/August 1997.

¹² Hier und im Folgenden: „Antifaschistisches Infoblatt“ Nr. 38 vom April/Mai 1997, S. 4.

Diskriminierung oder „Terrorisierung“ des missliebigen politischen Gegners, „und das sind alle, die sich nicht in ihre ‚Volksgemeinschaft‘ einreihen“¹³, also insbesondere „Linke“, aber auch soziale Randgruppen.

Diejenigen aber, so lautet die weitere Argumentation, die sich gegen den „zunehmenden faschistischen Terror“ zur Wehr setzten, würden „kriminalisiert“. Immer neue „Kriminalisierungswellen“ jedoch seien „keineswegs eine neue Erscheinung“, sondern reihten sich ein „in die Geschichte jenes Staates, dessen Verfolgungspraxis gegenüber Oppositionellen auf eine lange Tradition zurückgreifen kann, der in Kontinuität zum ‚Dritten Reich‘ steht ...“¹⁴

Der These, dass der „faschistische Staat“ innerstaatliche Opposition durch Repression unterdrücken bzw. mundtot machen wolle, entspricht auch die Behauptung, dass es in Deutschland „politische Gefangene“ gebe:

„Isolationshaft gegen politische Gegner hat in diesem Land eine lange Geschichte. Sie wurde immer mit dem Ziel eingesetzt, gefangene GegnerInnen des Systems und herrschender Politik zu brechen und zum Aufgeben ihrer Haltung zu zwingen. Sie wurde praktiziert in den Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Nazifaschismus, um Gefangene zu foltern und zur Aufgabe ihres Widerstands gegen den Faschismus zu zwingen. Anfang der 50er Jahre wurde diese Haftmethode gegen inhaftierte KommunistInnen eingesetzt. Sie waren der herrschenden Klasse ein Dorn im Auge, waren sie doch eine ernsthafte Gefahr für die Durchsetzung der Remilitarisierung und der Notstandsgesetze. Isolation als Haftprogramm institutionalisiert wird von der Bundesregierung und dem bundesdeutschen Justizapparat seit Beginn der 70er Jahre eingesetzt.“¹⁵

Der fortgesetzte Wille zur Unterdrückung von Systemopposition komme in einem kontinuierlichen Ausbau des „Polizei- und Überwachungsstaats“ zum Ausdruck. Einen entscheidenden Schub erhielt diese vermeintliche Tendenz im Zuge der „Anti-Terror“-

¹³ „Antifaschistischer Kalender“ 1996, S. 2.

¹⁴ Broschüre der „Autonomen Antifa [M]“: „... folgerichtig ist Antifaschismus kriminell!“, S. 12/13.

¹⁵ Beitrag der „Roten Hilfe“ zum Thema „20 Jahre Stammheim - 20 Jahre Deutscher Herbst“, in: Initiativen-Zeitung“ Nr. 36 vom Oktober/November 1997, S. 17.

Maßnahmen nach den Anschlägen in New York und Washington vom 11. September 2001. Diese Ereignisse lieferten nach „linker“ Lesart den entscheidenden Vorwand, um ohnehin bereits in der Schublade liegende Pläne endlich verwirklichen zu können:

Demonstration

**Gegen Überwachungsgesellschaft
und Polizeistaat!**

22. Juni 2002 ▶▶ 14.00 Uhr
Kornmarkt ▶▶ Heidelberg ▶ ||








Freiheit stirbt
mit Sicherheit



„Eine entscheidende Folge der Anschläge stellt die sprunghafte Verschärfung innenpolitischer Repressionsmaßnahmen dar. In der BRD war innerhalb weniger Tage ein massiver Rechtsruck zu verspüren... . Die verschiedensten staatlichen Maßnahmen zur Überwachung, Repression etc., die über Jahre als überzogen in der Kritik standen, werden nun im Zuge der geschürten Angst vor dem Terror wieder hoffähig.“¹⁶

4.5 „Antifaschismus“ als Kampf gegen „Militarismus“, „Nationalismus“ und „Imperialismus“

Ein Datum von grundlegender Bedeutung in der demagogischen Argumentation von Linksextremisten ist die deutsche Wiedervereinigung von 1989/90: Die Rückgewinnung der vollen Souveränität seit diesem Zeitpunkt bedeute das Abwerfen der von den Alliierten angelegten Fesseln, verbunden mit einer Selbstbefreiung von Schuld an den Verbrechen des Nationalsozialismus. Seither sei Deutschland erneut auf dem Weg zu einer wirtschaftlichen und politischen Weltmacht.



Diese unter Stichworten wie „Groß-Deutschland“ oder „Viertes Reich“ eingeordnete Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland enthält damit vielfach gleichzeitig eine klare antideutsche Komponente.

¹⁶ „Phase 2. zeitschrift gegen die realität“, Herbst 2001.

Angegriffen wird in diesem Zusammenhang auch die angebliche erneute „Militarisierung“. Darunter subsumieren Linksextremisten z.B. das Abhalten öffentlicher Rekrutengelöbnisse, die immer wieder Objekt gezielter Störaktionen werden. Solche Veranstaltungen gelten als wichtiger Meilenstein in der „Remilitarisierung des öffentlichen Raumes“. Die Öffentlichkeit solle damit, so heißt es, auf „friedensstiftende‘ Einsätze der Bundeswehr eingestellt werden, da vor der Aggression nach außen die Einheit nach innen hergestellt sein muss. In diesem Sinn soll Militär wieder normal werden im deutschen Straßenbild...“¹⁷ Öffentliche Gelöbnisse zählten zu den „akzeptanzschaffenden Maßnahmen“, seien allerdings „letztendlich kriegsvorbereitende Maßnahmen“¹⁸.



Außerdem ist die Bundeswehr Zielscheibe fortgesetzter Diffamierung, nicht nur als angeblich erneut kriegstauglich und -fähig gemachtes Instrument des „deutschen Imperialismus“, sondern auch als vermeintlicher Hort des Neonazismus. Unter der Überschrift „Rühes brauner Haufen“ diagnostizierte beispielsweise die DKP-Parteizeitung „unsere zeit“ (uz) in der 1997 angelaufenen Debatte um Neonazis in der Bundeswehr, dass immer „neue Fakten ans Tageslicht“ kämen, Indizien „in der langen Kette der nach rechts weisenden Grundtendenz in der Armee“¹⁹. Nach bewährtem Muster werden auch hier einzelne Tatsachen und Faktoren zusammengetragen, aus denen eine Allgemeingültigkeit beanspruchende politische Aussage abge-

leitet wird: Die angeblich steigende Zahl rechtsextremistischer Vorkommnisse in der Bundeswehr, eine in der Öffentlichkeit diskutierte sozialwissenschaftliche Untersuchung über eine „rechtsnationale“ Einstellung bei einer überwiegenden Zahl von Offiziersstudenten an den Bundeswehrhochschulen, die Erinnerung an den Aufbau der Bundeswehr unter Mitwirkung ehemaliger Generale der Deutschen Wehrmacht oder die Vorbereitung auf Einsätze auch außerhalb des Territoriums der NATO-Mitgliedsstaaten sowie die Ausbildung von Bundeswehr-Spezialeinheiten wie im baden-württembergischen **Calw** sollen in ihrer Aneinanderreihung das Bild einer wiedererstehenden „faschistischen“ Armee und eines imperialistischen deutschen Staates zeichnen, der schon wieder Kriegsvorbereitungen trifft.

¹⁷ „Antifaschistisches Infoblatt“ Nr. 5 vom Juli/August 1996, S. 3.

¹⁸ „Antifa-Nachrichten“ Nr. 4 vom Oktober 1999.

¹⁹ „unsere zeit“ (uz) Nr. 45 vom 7. November 1997.

Der erstmalige Einsatz der Bundeswehr im Rahmen der NATO-Militäraktionen im Kosovokonflikt von 1999 gilt als Meilenstein in der deutschen Geschichte seit 1945, dem in der Logik von Linksextremisten geradezu zwangsläufig weitere „Kriegseinsätze“ folgen werden. Eine „Bestätigung“ dieser Sicht lieferte die deutsche Beteiligung am Afghanistankrieg im Zuge der Bekämpfung des islamistischen Terrors seit dem 11. September 2001.

5. Träger linksextremistischer Antifaschismusarbeit

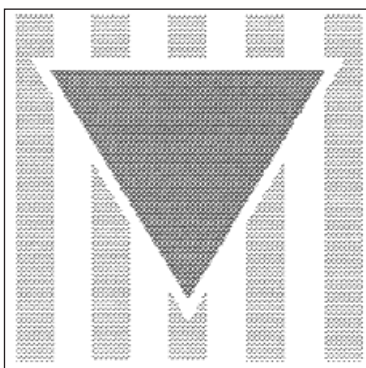
Linksextremisten sind von ihrem Selbstverständnis her immer gleichzeitig auch „Antifaschisten“. Von daher fühlen sich grundsätzlich sämtliche linksextremistische Parteien und Organisationen der „Antifaschismusarbeit“ verpflichtet. Für orthodoxe Linksextremisten ist dabei die Rolle der Kommunisten im Rahmen des Widerstands gegen den Nationalsozialismus zentraler Bezugspunkt. Das Leiden und politische Wirken von Kommunisten in den Konzentrationslagern verleiht bis heute dem Führungsanspruch der Kommunisten auf dem Feld des „Antifaschismus“ seine moralische Rechtfertigung, denn diese, so lautet die Argumentation, hätten sich dem Faschismus am entschiedensten entgegengestellt und die größten Opfer gebracht.

Bei Maoisten und Trotzlisten hat der „Antifaschismus“ nie einen vergleichbaren Stellenwert erlangt. Gleichwohl haben auch diese die Erfolgsträchtigkeit dieses Themenfelds erkannt. Hervorgetan hat sich hier beispielsweise für einige Jahre die inzwischen wieder bedeutungslos gewordene, 1992 von der trotzkistischen „Sozialistischen Alternative VORAN“ (SAV) initiierte „Jugend gegen Rassismus in Europa“ (JRE). „Antifaschismus“ als praktische „Politik“ des Vorgehens gegen „Rechte“ oder den Vertrieb „rechter“ Zeitungen und Zeitschriften besaß hier einen weniger ideologisch fundierten, dafür aber deutlich politisch-taktischen Hintergrund, nämlich die Zielsetzung, über „antifaschistischen“ Aktionismus Nachwuchs für die eigene Organisation zu rekrutieren.

Im Bereich des nichtorganisierten Linksextremismus ist „Antifaschismusarbeit“ seit Jahren ein dominierendes politisches Aktionsfeld der so genannten Autonomen. Linksextremistisch motivierte Straf- und Gewalttaten, die im Zusammenhang mit der „Antifaschismus“-Thematik begangen werden, gehen vornehmlich auf das Konto dieser „Szene“.

Hass auf das als „faschistisch“ verstandene System der Bundesrepublik Deutschland war schließlich ebenfalls eine der treibenden Kräfte für die Entstehung des linksextremistischen Terrorismus Anfang der 70er Jahre. Die - inzwischen aufgelöste - „Rote Armee Fraktion“ (RAF) als militantester Ausfluss der Studentenbewegung der späten 60er Jahre war u.a. wesentlich beeinflusst von den Faschismustheorien der „Frankfurter Schule“ (Adorno, Horkheimer). Der „Antifaschismus“ der RAF-„Politik“ war allerdings von deren primär internationalistischer und antiimperialistischer Ausrichtung überlagert.

5.1 Linksextremistische Parteien und Organisationen



Logo der VVN-BdA

Anknüpfend an den kommunistischen Widerstand aus der Zeit des Nationalsozialismus war seit ihrem Bestehen die „Deutsche Kommunistische Partei“ (DKP) in Deutschland die führende Kraft in der - unter ideologischer Anleitung durch die KPdSU und in finanzieller Abhängigkeit von der SED - unter dem Signum des „Antifaschismus“ betriebenen politisch-ideologischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West. Der Zusammenbruch des Ostblocks 1989/90 hat zu einer entscheidenden Schwächung der DKP geführt, die ihre Kampagnenfähigkeit bis heute nicht wiedererlangt hat. Eine tragende Rolle spielt indes noch immer die ursprünglich von der DKP bzw. SED ideologisch-finanziell abhängig gewesene „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ (VVN-BdA).

Neben der VVN-BdA war es die besonders stark vom früheren „Bund Westdeutscher Kommunisten“ (BWK) beeinflusste „Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg (Volksfront)“²⁰. Sie ließ bereits durch ihre Organisationsbezeichnung erkennen, dass der „Kampf gegen den Faschismus“ der ausschließliche Grund ihres Daseins war. Inzwischen allerdings bedeutungslos geworden, konzentriert sie sich hauptsächlich auf die Mitherausgabe der „Antifaschistischen Nachrichten“.

Die VVN-BdA hingegen ist der Hauptträger der Antifaschismuskampagne im orthodox-kommunistischen Bereich geblieben, wenngleich sich ihre Beziehungen zur

²⁰ Ursprünglich „Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg“.

DKP inzwischen wesentlich gelockert haben. 1947 als VVN und als gesamtdeutsche Organisation gegründet, stellte sie bereits 1953 ihre Tätigkeit in der ehemaligen DDR wieder ein mit der Begründung, die dortige politische und gesellschaftliche Entwicklung habe ihr Wirken obsolet gemacht. Im Westen gab sie sich im Jahr 1971 den Namenszusatz „Bund der Antifaschisten“. Damit hielt sie nicht nur ehemalige NS-Opfer und Widerstandskämpfer in ihren Reihen, sondern öffnete sich allen „Antifaschisten“, insbesondere jüngeren Menschen, um der fortschreitenden Überalterung ihrer Mitglieder entgegenzuwirken.

Sich ursprünglich primär als ein Organ der NS-Verfolgten präsentierend, setzte sich die VVN-BdA nach Kriegsende für die Entschädigung der Opfer, Wiedergutmachung und konsequente Entnazifizierung ein. Die wenigen, noch heute lebenden Angehörigen des kommunistischen Widerstands - nicht selten gleichzeitig Mitglieder der DKP - treten als Zeitzeugen öffentlich auf, um als ehemalige Opfer des Nationalsozialismus glaubwürdig und moralisch legitimiert die Erinnerung an die Vergangenheit wach zu halten und vor vermeintlich erneut drohenden „faschistischen“ Gefahren zu warnen.

Daneben engagiert sich die Organisation bei der Abhaltung von Gedenkveranstaltungen sowie für den Bau bzw. die Erhaltung von Gedenkstätten und Mahnmalen, allerdings geprägt durch ein tendenziöses Geschichtsbild, das dazu dienen soll, Historie politisch-agitatorisch zu instrumentalisieren.

Zu den Aktivitäten der VVN-BdA gehören außerdem die Herausgabe von Zeitschriften („Antifaschistische Nachrichten“, „Antifa-Rundschau“) und sonstigen Publikationen, das Abhalten von bzw. die maßgebliche Beteiligung an einschlägigen Veranstaltungen („antifaschistische Sozialkonferenz“) oder das Anmelden und Durchführen von Demonstrationen, Kundgebungen und sonstigen Protestaktionen, die sich gegen die vermeintliche „Rechtsentwicklung“ in Deutschland richten. Dabei sucht die VVN-BdA gezielt das Bündnis mit anderen - auch „bürgerlichen“ - politischen Kräften.

Die Aktivitäten der in Baden-Württemberg noch immer etwa 1.400 Mitglieder umfassenden Organisation sind nach 1990 stark zurückgegangen bis hin zu völliger Inaktivität einzelner Kreisverbände. Dies ist primär bedingt durch die seit der Wiedervereinigung und dem Ende der DDR ausbleibende finanzielle Unterstützung von DKP und SED, aber auch durch den fortschreitenden Überalterungsprozess ihrer Mitglieder. Das Bekanntwerden der beträchtlichen Geldzuwendungen aus dem Osten an die VVN-BdA hatte zu heftigen internen Auseinandersetzungen geführt. Anstoß er-



Antifaschismus ist der Kampf ums Ganze

voller Pamflicthen Skinheads am S-Bahnhof Wuhletal vor den linken Demonstranten in einen Waggon.



Kein Fußbreit den Faschisten

Mit der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation wollen wir den Faschisten organisiert entgegenreten. Wir gehen offensiv gegen die Drahtzieher und Ideologen des Nazi-Terrors vor. Faschistische TäterInnen haben Namen und Adresse!

Der alltägliche Naziterror kommt in diesen Zeiten zur massiven Entfaltung, weil er in ein gesellschaftliches Klima eingebettet ist. Große Teile der Bevölkerung stehen rassistischen Pogromen, faschistischen Anschlägen und nationalistischen Ideen gleichgültig oder wohlwollend gegenüber.

Deshalb gilt unser Kampf auch all denen, die den Nazis die gesellschaftliche Akzeptanz verleihen: Bürgerliche Politiker, die MigrantInnen als „Ratten“ (Berlins CDU-Fraktionschef Landowsky) bezeichnen, Gewerkschaftsfunktionäre, die die Nazi-Parole „Arbeit zuerst für Deutsche“ aufgreifen (IG-Metall-Chef Klaus Zwickel), Medien, die mit Berichterstattung über „Ausländerkriminalität“ und „Terror-Kurden“ Flüchtlinge ausgrenzen. Sie sind die gesellschaftlicher Drahtzieher, die mit Anzug und Krawatte reaktionäre und faschistische Tendenzen billigen, aufgreifen, begünstigen, vorantreiben und letztlich in Gesetze gießen.



Bild oben: Titelblatt des Berliner Kurier nach dem Angriff von AntifaschistInnen auf eine Demonstration der Jungen Nationaldemokraten in Berlin. Bild unten: Demonstration zum Gedenken an einen von Faschisten ermordeter linken Jugendlichen in Magdeburg.



Revolutionärer, antifaschistischer Kampf muß sich immer auch gegen die gesellschaftlichen Bedingungen wenden, aus denen heraus faschistische Bewegungen entstehen: Das kapitalistische Konkurrenzprinzip, das Menschen nur nach ihrer Verwertbarkeit beurteilt und dem Profit als oberstes Ziel gilt. Das kapitalistische System schafft die Ursachen, die in Flucht münden. Die 1.-Welt Staaten schieben Flüchtlinge in Hunger, Folter und Mord ab und unterstützen währenddessen weiterhin die Herrschenden in der einzelnen Ländern z.B. durch Waffenlieferungen, durch finanzielle oder politische Hilfe. Patriarchale Unterdrückung, die dazu dient, Frauen auf dem Arbeitsmarkt als billigere Arbeitskräfte ein-



zusetzen und sie im Bereich der Reproduktion unentlohnt schuften zu lassen. Nationalismus, der Ausbeuter und Ausgebeutete zur Volksgemeinschaft zusammenschweißen soll. All dies sind zentrale Inhalte und Unterdrückungsmechanismen des bestehenden Herrschaftssystems. Eine antifaschistische, freie Gesellschaft kann nur entstehen, wenn das System mit all seinen Übeln gekippt wird. Denn für alles Reaktionale gilt, daß es nicht fällt, wenn es nicht niedergedrückt wird.



Antifaschistische Demonstration am 2. Oktober '92 in Göttingen

Das Anliegen der Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation ist es, alle Kräfte zu sammeln und damit einen Gegenpol zur Zersplitterung innerhalb der Linken zu setzen.

In der Zusammenarbeit mit anderen geht es um den strömungsübergreifenden, gemeinsamen Kampf gegen die Faschisten und den alltäglichen Terror der bestehenden Verhältnisse.

Die Antifaschistische Aktion/BO soll dabei den notwendigen Rahmen bieten, um eine Diskussion um Perspektiven der Linken überhaupt erst zu ermöglichen. Kriterium unserer Arbeit muß dabei die Wirksamkeit in der Praxis bleiben.

Allein machen sie Dich ein

Denn: Mit der Antifaschistischen Aktion/BO wollen wir schließlich in die gesellschaftliche Entwicklung eingreifen, statt sie nur in folgenlosen Debatten zu kritisieren. Nur gemeinsam sind wir dafür stark genug. Deswegen suchen wir nicht als erstes nach Unterschieden und Abgrenzungsmöglichkeiten, sondern nach Gemeinsamkeiten an den Fragen, die für das gemeinsame Handeln entscheidend sind.



Bild oben: Revolutionärer 1. Mai '96 Berlin. Bild unten: Der Sinn des Hitlergrüßes, Montage von D. Heartfield, '32



regte indes nicht die Tatsache als solche, sondern lediglich der Umstand, dass diese Zuwendungen bis dahin vor den Mitgliedern geheim gehalten worden waren.

Weniger in ihrer ideologischen Ausrichtung als in ihrer politischen Zusammensetzung hat die VVN-BdA im Lauf ihres Bestehens erkennbare Wandlungen durchgemacht: Von einer Tarnorganisation der KPD in den 50er und 60er Jahren über ihre Funktion als wichtigste Vorfeldorganisation der DKP in den 70er und 80er Jahren mit dem Auftrag, die Massen im Antifaschismuskampf zu mobilisieren, organisieren und instrumentalisieren, hat sich die VVN-BdA seit dem Ende des DDR-Regimes zunehmend auch anderen politischen Strömungen geöffnet. Seit etwa Mitte der neunziger Jahre formuliert die VVN-BdA ein verändertes Selbstverständnis als ein organisatorisches „Bündnis im Bündnis“ einer umfassenden „antifaschistischen Bewegung“. Dies entspricht dem Entschluss, neben anderen linksextremistischen Strömungen bis hin zu Autonomen weiterhin auch demokratischen Kräften in der Organisation Raum zu gewähren. So engagieren sich inzwischen viele Mitglieder der Organisation im Sinne des Antifaschismus, ohne jedoch selbst gleichzeitig linksextremistische Positionen zu vertreten. Eine damit etwa verbundene Distanzierung der Organisation als solcher von Extremisten ist hingegen nicht zu erkennen. Vielmehr ist der prägende Einfluss der DKP über die Besetzung von Funktionsstellen weiterhin gewährleistet.

Bleibende Zielsetzungen der VVN-BdA sind das Mahnen, Warnen und aktive Vorgehen gegen „neofaschistische, rechtsextreme Parteien und Organisationen“ (vor allem mittels des Instruments „antifaschistischer“ Bündnispolitik), „Geschichtsarbeit“ im Sinne eines Vorgehens gegen die „staatliche Geschichtsfälschung“ und Aufrechterhaltung eines „antifaschistisch“ geprägten Geschichtsverständnisses, die Verhinderung eines „Umbaus der Bundeswehr in eine Angriffsarmee“, das Ankämpfen gegen neuerliche „militärische Großmachtambitionen“ und nicht zuletzt die Mitarbeit in der „Friedensbewegung“. Sowohl die angewandte Terminologie als auch die Zusammensetzung dieser Politikfelder fügen sich nahtlos in die klassischen Aktionsfelder des linksextremistischen „Antifaschismus“ ein.

5.2 „Autonomer Antifaschismus“

Der so genannte autonome Antifaschismus entstand im Zuge der Herausbildung der autonomen Bewegung Anfang der 80er Jahre. Diese Form des „Antifaschismus“ unterscheidet sich von der orthodox-kommunistisch orientierter Kräfte nicht nur durch

die Anknüpfung an andere historische Vorbilder in Teilen der Szene, sondern ebenso wesentlich durch den „Konsens der Militanz“. Verbunden mit der Gewaltbereitschaft ist ein überwiegend „praktischer“ Ansatz, der „Anti-Nazi-Kampf“, mit dem Ziel, jegliches Wirken von „Faschisten“ in der Öffentlichkeit und deren gesellschaftliche Akzeptanz zu verhindern.

Auch Autonome beziehen sich auf historische Vorbilder, wobei allerdings von einer einheitlichen Orientierung der „Szene“ nicht gesprochen werden kann. Von der KPD aus der Zeit vor 1935 haben die einen



nicht nur die „Sozialfaschismus“-These übernommen, indem sie - außer Skinheads und Neonazis - selbst Angehörige „linker“ demokratischer Parteien als angebliche Förderer rechtsextremistischer Tendenzen in die Reihe der von ihnen zu bekämpfenden „Faschisten“ einordnen. Hinzu kommt das Anknüpfen an eingängige Parolen wie die des ehemaligen KPD-Führers Heinz Neumann von 1929 („*Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft*“) oder bei anderen Teilen der Autonomen die Übernahme von Bezeichnungen wie „Antifaschistische Aktion“ (eine 1932 von der KPD gegründete Vorfeldorganisation) sowie - in Abwandlung und verschiedenen Variationen - die Verwendung von deren Emblemen. Dabei symbolisieren die heute nach links wehenden Fahnen nicht mehr - wie im historischen Zeichen der „Antifaschistischen Aktion“ - die von der KPD in späteren Jahren angestrebte Einheitsfront mit der SPD, sondern die unterschiedlichen historischen Bezugspunkte „autonomer Antifaschisten“: die kommunistische bzw. anarchistische Richtung. Das Vorgehen gegen SA-Schlägertrupps hatte sich die seinerzeitige „Antifaschistische Aktion“ zur Aufgabe gesetzt; dem entspricht wiederum der Kampf gegen „Nazis“ auf der Straße als eine - sogar der wichtigsten - unter den Aktionsformen des „autonomen Antifaschismus“.

Vor 1990 besaß „Antifaschismus“ für Autonome keineswegs den heutigen Stellenwert, sondern wurde vielmehr durch eine Reihe brisanterer Themen wie Anti-Kernkraftprotest, Startbahn West, „Deutscher Herbst“ 1977 oder den „Häuserkampf“ überlagert. Ende der 80er Jahre konzentrierte sich „antifaschistisches“ Engagement auf den „Widerstand“ gegen den Einzug rechtsextremistischer Parteien wie „Die Republikaner“ (REP) oder die „Deutsche Volksunion“ (DVU) in Landesparlamente. 1991/92 rückten die Brandanschläge auf Asylbewerberwohnheime oder Wohnhäuser von Ausländern in Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen und angesichts der solchermaßen dokumentierten vermeintlichen Pogromstimmung gegen Ausländer die Thematik „faschistischer Gewalt“ in Staat und Gesellschaft erneut in den Blickpunkt der

INTERIM *light & aktuell* ILLUSWÄRTS I DM I DM
 Wöchentliches Berlin-Info Nr. 457 21.5.1998

Bundesweite Razzia gegen Antifa-Strukturen

Gegen Ausgrenzung und Unterdrückung
Zusammen kämpfer
 Es gibt keine Alternative zur Revolution

Presseerklärungen
 Festschätzungen
 Dokumente

Antifaschistisches Blatt
Info
 Nr. 55 | Frühjahr 2002 | 3,10 Euro

Schwerpunkt
Der Nazis neue Kleider
 Zwischen Mainstream und politischem Bekenntnis



NS-Szene
 Zwischen Wahn und Realität

Geschichte
 Veit Harlan - Die Auswirkungen auf den 'Jud Süß'-Rassentum

FLUGBLATT DER ANTIFA OFFENBURG


ANTIFA **FLUGBLATT**

Höchste Zeit für Kampf

Der 1. Mai ist ein wichtiger internationaler Tag...
 ...

antifaschistischer kalender **2002**

Der 1. Mai ist ein wichtiger internationaler Tag...
 ...



Den Opfern einen Namen geben

H 8040 F
 Nummer 76
 Mai/Juni 02
 2,00 Euro



AUFGEPASST! Antifa in Flugblatt

+++ über den "HIRSCH" in Stuttgart-R...
 Wer oder was ist das "Hirsch"?

Nach der Schließung der (früher unterbekannt) ...
 ...



SPD CDU/CSU F.D.P.

Stützen der Gesellschaft - Elite der Nation
 Studentische Verbindungen in Heidelberg

Geschichte und Gegenwart der Verbindungen, ihre Ideologie und organisierten Neofaschismus



DER RECHTE RAND

Öffentlichkeit. Damit einhergehend gewann die „antirassistische“ Komponente des linksextremistischen „Antifaschismus“ an Bedeutung. Der sprunghafte Anstieg von Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund sowie der Beginn des gegenseitigen Aufschaukelns zwischen Links- und Rechtsextremisten führten zu einem Aufschwung gerade des „autonomen Antifaschismus“ und verliehen ihm eine bis heute ungebrochene Aktualität.

„Autonomer Antifaschismus“ beinhaltet unverändert Konsens in der Bereitschaft zur Anwendung von Gewalt, um mittels militanter Aktionen und Anschlagskampagnen den „rechten“ Gegner anzugreifen und „faschistische Strukturen“ zu zerschlagen. Ein Teil der autonomen „Antifaschisten“ aber bekennt sich darüber hinausgehend mehr oder weniger offen dazu, mit ihrer „Antifaschismuserbeit“ mehr als reine „Anti-Nazi-Arbeit“, also weiterreichende politische Ziele zu verfolgen mit der nicht näher konkretisierten Zielperspektive einer „herrschafts- und ausbeutungsfreien Gesellschaft“. In einem Demonstrationsaufruf gegen den am 18. November 2000 in **Winnenden** durchgeführten Parteitag der REP heißt es zum Beispiel:

„Ein wirkungsvoller Antifaschismus muss sich gegen die Wurzeln des Faschismus richten, die im kapitalistischen System sowie in gesellschaftlicher und staatlicher, rassistischer und sexistischer Unterdrückung liegen. Der Kampf gegen den Faschismus muss den Kampf gegen alle Unterdrückungsformen und den Kampf für eine klassenlose Gesellschaft bedeuten! ... Deshalb: Kein Antifaschismus ohne revolutionäre Perspektive!“

Verminderte öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten führt zu Auflösungsercheinungen in der Antifaszene, da damit konkrete Inhalte und Ziele abhanden kommen, verstärkte „Fascho“-Aktivitäten dagegen haben auch die Neugründung von „Antifa“-Gruppen zur Folge. Insofern ist von einer hohen Fluktuation im Bereich der Antifaschismuserbeit auszugehen. Das Fehlen beständigerer Grundlagen und der Mangel an kontinuierlicher politischer Arbeit sind der „Szene“ durchaus bewusst. Ansätze zu längerfristiger Organisierung im Interesse der Erhöhung der eigenen politischen Wirksamkeit gab bzw. gibt es zum Beispiel mit der „Antifaschistischen Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO) und dem „Bundesweiten Antifa-Treffen“ (BAT). Erstere - bereits 1992 gegründet - ist nach relativ langer Lebensdauer inzwischen allerdings wieder aufgelöst worden.

5.3 „Antifaschistische“ Bündnisse

Gerade der „Antifaschismus“ ist - wie kaum ein anderes Thema - geeignet, Unterstützung bis weit in das „bürgerliche“ Lager hinein zu gewinnen, indem die Bildung möglichst breiter Bündnisse als eine Art Präventivmaßnahme gegen „faschistische“ Tendenzen in Politik und Gesellschaft propagiert wird.

Die ideologischen Ursprünge der kommunistischen Bündnispolitik reichen zurück in das Jahr 1935. Sie zielt seither auf einen umfassenden Zusammenschluss „linker Kräfte“ ab. Bis dahin war ein wichtiger potenzieller Bündnispartner, die deutsche Sozialdemokratie, allein schon wegen ihrer Bejahung der parlamentarischen Demokratie und ihrer antikommunistischen Haltung konsequent als „sozialfaschistisch“ diffamiert worden. Der von KPD und Komintern von 1924 bis 1935 vertretenen so genannten Sozialfaschismusthese zufolge hatte die Sozialdemokratie, die angeblich den Faschismus stütze, als die wahre „Agentur“ des Kapitals gegolten, der gegenüber die eigentlichen faschistischen Organisationen noch vergleichsweise harmlos seien. Die Folge war, dass die Kommunisten in den späten Zwanzigern und bis Mitte der dreißiger Jahre weit mehr die Sozialdemokratie als den Nationalsozialismus bekämpften. Die bereits erwähnten Ausführungen Dimitroffs auf dem VII. Weltkongress der „Kommunistischen Internationale“ von 1935 bedeuteten insofern eine taktische Wende, als seither die „antifaschistische Einheitsfront der Arbeiterklasse“ nunmehr unter Einschluss auch der Sozialdemokraten sowie „bürgerlicher Antifaschisten“ in der erweiterten „antifaschistischen Volksfront“ zur Errichtung einer „antifaschistisch-demokratischen Neuordnung“ als Übergang zum Sozialismus angestrebt wurde.

Bündnispolitik ist bis heute die taktische Methode von Linksextremisten geblieben, um als Minderheit aus einer Position der Schwäche heraus auf eine Veränderung der politischen Machtverhältnisse hinzuwirken. Der von Lenin entwickelten Taktik zufolge gelten das Eingehen von zeitweisen „Aktionseinheiten“ und die „Massenarbeit“ als die Mittel, um in immer breiteren Kreisen der Bevölkerung Anklang zu finden und über die eigene zahlenmäßige Bedeutung hinaus politischen Einfluss zu erlangen. Im Interesse der Gewinnung von Bündnispartnern lassen Kommunisten ihre eigentlichen politischen Intentionen zugunsten einer gemeinsam getragenen, allgemeiner formulierten Zielsetzung zunächst in den Hintergrund treten, ohne jedoch jemals das Endziel aus den Augen zu verlieren.

Auch Autonome suchen teilweise - und soweit sie nicht der „Sozialfaschismusthese“ anhängen, die eine Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten ausschließt - das

Bündnis mit „bürgerlichen“ Kräften. In solchen, überwiegend regionalen Zusammenschlüssen arbeiten Organisationen und Einzelpersonen, darunter auch Ausländer, in konkreten Aktionen vor Ort zusammen. Diese Bündnisse sind von unterschiedlicher Zusammensetzung, Dauer und Festigkeit sowie Größe und Form („offen“, d.h. für jedermann zugänglich oder „geschlossen“, d.h. nur einem bestimmten, festgefügt Personenkreis vorbehalten). Sie werden oft anlass- oder kampagnenbezogen gebildet, doch gibt es auch Bemühungen um eine längerfristige, kontinuierliche Kooperation. Deren Aussichten auf Erfolg werden allerdings spiegelbildlich von den politischen Aktivitäten des Gegners bestimmt. Ein Nachlassen gegnerischer Aktivitäten führt häufig zu verringerter Motivation und Zerfallstendenzen in solchen Zusammenschlüssen, die als „Antifaschistisches Bündnis“, „Anti-Nazi-Bündnis“, „Antifaschistischer Arbeitskreis“, „Antifaschistisches Aktionsbündnis“, „Antifaschistisches Komitee“, „Bündnis gegen rechts“ und unter ähnlichen Bezeichnungen aktiv werden.

Zu dem Bestreben, insbesondere Jugendliche und Schüler in die Antifaschismusarbeit einzubinden, gehört die Gründung so genannter Jugend-Antifas oder einer „Antifa Jugendfront“. Auch hier gibt bzw. gab es bundesweite Zusammenschlüsse wie die „Antifa Jugendfront/Antifa Jugend“ (AJF/AJ) analog zu der bereits genannten AA/BO. Unter der Bezeichnung „Fantifa“ firmieren außerdem örtliche bzw. überregionale Vereinigungen von Frauen-„Antifa“-Gruppen.

Das Ziel, ein Netz von Antifagruppen auf lokaler oder regionaler Ebene aufzubauen, bleibt seit jeher Theorie. In dieser Richtung ist immerhin ansatzweise ein „Antifaschistisches Aktionsbündnis Baden-Württemberg“ in Erscheinung getreten. Bemühungen um überregionale Zusammenschlüsse sind hier bereits seit Jahren erfolgreicher. Bekanntestes Beispiel einer überregionalen Organisation autonomer „antifaschistischer“ Gruppen war die bereits erwähnte „Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation“ (AA/BO).

6. Formen linksextremistischer Antifaschismusarbeit

Antifaschismusarbeit beinhaltet bereits seit Jahren in erster Linie „Anti-Nazi-Arbeit“. Die „antifaschistische Praxis“ besteht aus einer ganzen Palette von Aktionsformen mit differierenden Zielsetzungen, die von der „Szene“ selbst in „legal“ und „nicht legal“ unterschieden werden.

„Legale“ Antifaschismuserbeit wie die Ende 1992 gestartete Kampagne „*Gegen die faschistischen Zentren vorgehen*“ setzt auf Bündnisdemonstrationen, die einerseits die Zahl derer, die sich in diesem Sinne zu engagieren bereit sind, erhöhen (Mobilisierungseffekt) und andererseits - verbunden mit gezielter Medienpolitik - die Thematik bis in weite „bürgerliche“ Kreise hineinbringen sollen (Öffentlichkeitsarbeit). Entgegen ihrer Bezeichnung schließt diese Form der Antifaschismuserbeit durchaus auch Gesetzesverstöße ein. Im entscheidenden Unterschied dazu wird mit den „nicht legalen“ Aktionsformen in der Regel ein gewaltsames Vorgehen gegen den „rechten“ politischen Gegner umschrieben. Freilich geht auch von solchen Gewaltaktionen eine mobilisierende Wirkung auf die „Szene“ aus, indem verbuchte „Erfolge“ zu weiteren Aktionen dieser Art ermutigen (sollen).

6.1 „Legalen Antifaschismus“

Zur „legalen Antifaschismuserbeit“ zählen Flugblattaktionen, Plakatierungen, Demonstrationen/Kundgebungen, Infostände, Filmvorführungen sowie Informations-, Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Dazu gehören ferner das Recherchieren und systematische Sammeln von Informationen über tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ („*Fahndungsfaschismus*“) unter Zuhilfenahme auch technischer Mittel wie Fotos und Videoaufzeichnungen, das „Outen“ von tatsächlichen oder vermeintlichen Nazis durch Demonstrationen und Mahnwachen am Wohnort sowie das Verteilen von Flugblättern oder Postwurfsendungen mit näheren Angaben zur Person an die Nachbarschaft des Betreffenden. Das Ganze wird auch als „antifaschistische Öffentlichkeitsarbeit“ umschrieben.

Die Veröffentlichung der Rechercheergebnisse über rechtsextremistische - aber auch im weiteren Sinne „rechte“ - Gruppen und Einzelpersonen erfolgt außer in „Steckbriefen“ in Broschüren und regionalen Szeneblättern. Dazu gehören in Baden-Württemberg u.a. die „AZ - Antifaschistische Zeitung für Freiburg“ oder die seit August 1997 erschienene, inzwischen jedoch eingestellte Publikation „AARNie“ („Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar, Info-Express“) mit dem Untertitel „Info-Rundbrief des Antifaschistischen Aktionsbündnis Rhein-Neckar“. Darüber hinaus gibt es bundesweit verbreitete Publikationen wie das „Antifaschistische Infoblatt“, die „Antifaschistischen Nachrichten“, „Der rechte Rand. Informationen von und für AntifaschistInnen“, „Antifa-Jugend-Info“ bis hin zu Handbüchern, etwa unter dem Titel „Drahtzieher im braunen Netz“, in denen über die Neonaziszene und ihre internationalen Ver-

bindungen aufgeklärt werden soll. Über tatsächliche oder angebliche „Nazizentren“ informieren neben Faltblättern auch Broschüren, so z.B. „Patrioten, Pfaffen und Politiker. Das Studienzentrum Weikersheim zwischen Nationalkonservatismus und Faschismus“ von der linksextremistischen **Stuttgarter** Gruppe „AQuadrat“. Zusätzlich befinden sich neben den im normalen Buchhandel erhältlichen, für eine breite, auch nichtextremistische Leserschaft konzipierten Publikationen wie dem „Antifa Reader“ als einem „*antifaschistischen Handbuch und Ratgeber*“ auch Broschüren im Umlauf, die praktische Informationen und Hinweise für die Antifaschismusarbeit enthalten, so z.B. „Tips und Trix für Antifas“ oder „Antifa. Diskussion und Tips aus der antifaschistischen Praxis“. Diese Palette reicht bis hin zum „*antifaschistischen Kalender*“, der als „*Begleiter für 365 Tage... über den ‚normalen‘ Kalender hinaus Infos und Tips für antifaschistische Aktionen bietet.*“²¹

Zur Antifaschismusarbeit gehören auch bestimmte „Schutzmaßnahmen“ für potenziell von „Nazi-Angriffen“ Betroffene, so z.B. „Patrouillengänge“ in „nazi-gefährdeten“ Wohnbezirken oder vor Asylbewerberwohnheimen, aber auch die Einrichtung von „*Antifaschistischen/Antirassistischen Notruf- und Infotelefonen*“, die aktuelle Informationen bereithalten oder bei denen Hilfe angefordert werden kann. Die schon vor Jahren aktuelle Aktion „*der gelbe Punkt*“ sollte Ausländern in jeder Gaststätte, an der ein solcher gelber Punkt angebracht war, einen von „Fascho“-Übergriffen ungefährdeten Aufenthalt garantieren.

Die Aufmerksamkeit von Linksextremisten gilt über Personen und Gruppen hinaus



Treff- und Tagungsorten von Rechtsextremisten, so genannten faschistischen Zentren, aber auch sonstigen Veranstaltungen und Versammlungen, darunter besonders Parteitag. Das Ziel einer Verhinderung solcher Tagungen als „*Treffen von Auschwitzleugnern, Rassisten, Antisemiten und selbst ernannten ‚Germanenkundlern*“ steht ebenfalls im Zusammenhang mit der Zielsetzung, „*Faschisten überall da anzugreifen, wo sie wohnen, leben und arbeiten!*“²²

Auch in diesem Zusammenhang werden gezielt - etwa in Flugblattaufrufen - Namen von Teilnehmern veröffentlicht, verbunden mit der unverhohlenen Aufforderung: „*Mitglieder angreifen! Organisationen thematisieren! ...*“

²² „INTERIM“ Nr. 417 vom 24. April 1997.

²¹ „Antifaschistischer Kalender“ 1997, S 1.

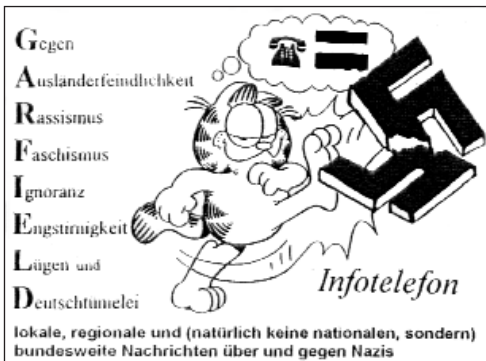
Die Verhinderung „faschistischer“ Aufmärsche, unter denen z.B. die anlässlich des Todestags von Rudolf Heß am 17. August stattfindenden Veranstaltungen jahrelang an erster Stelle in der Prioritätenskala standen, gehört zu den wichtigsten Anliegen „antifaschistisch“ motivierter Aktivitäten von Linksextremisten. Die Ankündigung „rechter“ Demonstrationen und Kundgebungen führt daher regelmäßig zu entsprechenden „linken“ Gegenkundgebungen mit Teilnehmern, die bei überregionaler Mobilisierung oft aus dem gesamten Bundesgebiet anreisen, um den betreffenden Auftritt „Rechter“ zu stören und/oder zu verhindern. Dabei können gewaltsame Zusammenstöße oft nur durch massive Polizeipräsenz vermieden werden. Eben diese hohe Polizeipräsenz hat dazu geführt, dass Autonome nach anderen Wegen suchen, um „Faschos“ direkt zu treffen. So kommt es immer wieder auch zu Angriffen auf die Logistik, etwa auf Busunternehmen, die Rechtsextremisten zu ihren Veranstaltungsorten befördern. Der dabei entstehende Sachschaden geht - wie Fälle aus der Vergangenheit zeigen - in die Hunderttausende.

Im „antifaschistischen“ Blickpunkt befinden sich auch immer wieder studentische Burschenschaften, bei denen es sich - so heißt es beispielsweise in der Szenezeitschrift „INTERIM“ unter der Überschrift *„Blut und Paukboden - die Verbindungen kappen“*²³ - keineswegs um *„unpolitische und somit relativ harmlose Traditionsvereine“* handele, *„sondern um Kadenschmieden der konservativen Elite, in denen reaktionäres bis faschistisches Gedankengut gepflegt“* werde. Die *„Seilschaften“* dieser Verbindungen setzten sich aus Studenten und Ehemaligen sowie aus *„so genannten Alten Herrn“* zusammen. Letztere verfügten über einflussreiche Positionen in Politik, Wirtschaft und Justiz, von denen aus sie *„ihre rassistischen, sexistischen und militaristisch-deutschnationalen Vorstellungen in die Realität“* umsetzten.

Erwähnenswert sind schließlich noch als weitere Ansatzpunkte praktischer Antifaschismusarbeit Kampagnen wie die Aktion *„Stoppt Nazi-Zeitungen“* mit dem Ziel, den Verkauf und die Verbreitung rechtsextremistischer Publikationen zu be- oder verhindern, sowie die im Jahr 1998 neu propagierte Aktion *„Weg mit dem rechten Sound-Dreck!“*, die sich gegen die Verkaufsorte und den Verkauf rechtsextremistischer Musikerzeugnisse richtet.

²³ Hier und im Folgenden: „INTERIM“ Nr. 418 vom 1. Mai 1997.

6.2 Militanter „Antifaschismus“

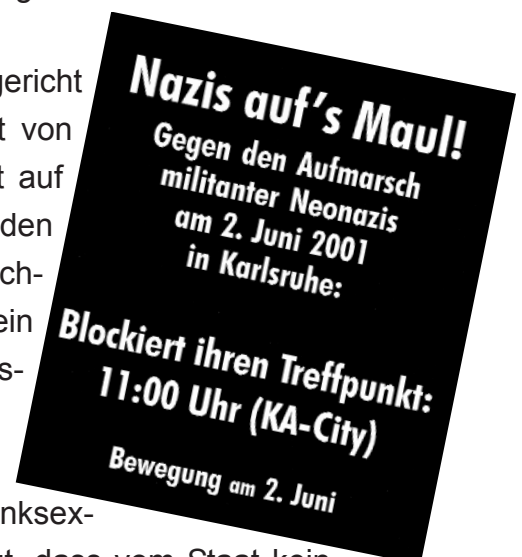


Die „nicht legale Antifaschismusarbeit“ geht in erster Linie von „autonomen Antifaschisten“ aus. Die Bandbreite reicht von einfachen Aktionsformen wie etwa das Überpinseln von „Nazischmiere-reien“ bis hin zu schweren Gewalttaten. Zu letzteren gehört insbesondere das Zerschlagen von „Nazi-Strukturen“ durch „offensive Militanz“, gewaltsames Vorgehen gegen „Nazis“ auf der Stra-

ße, begleitet von Parolen wie „*Schaut nicht weg! Greift ein!*“ oder „*Schlagt die Glatzen bis sie platzen!*“ Schließlich gehört in diesen Zusammenhang die Kategorie der so genannten klandestinen Aktionen wie konspirativ geplante nächtliche Brandanschläge auf Treff- bzw. Veranstaltungsorte oder auf die Logistik von vermeintlichen oder tatsächlichen Rechtsextremisten, aber auch Angriffe auf das Eigentum von Angehörigen rechtsextremistischer Parteien und Organisationen bis hin zu gezielten körperlichen Attacken auf Einzelpersonen oder das „Abfackeln“ von privaten Kraftfahrzeugen führender „Rechter“. Nicht nur einmal ist es „autonomen Antifaschisten“ gelungen, durch Drohung mit oder Anwendung von Gewalt den Betreiber einer einschlägigen „rechten“ Szenegaststätte als solchen zu denunzieren und ihn direkt oder indirekt (über die Erzeugung öffentlichen Drucks) zum Aufgeben seines Betriebs zu veranlassen. Die Zahl der von Linksextremisten gegen den politischen Gegner verübten Gewalttaten ist bemerkenswerter Weise in etwa doppelt so hoch wie im umgekehrten Fall.

In diesem Zusammenhang hat das Bundesverfassungsgericht mit aller Deutlichkeit darauf hingewiesen, dass Gewalt von „links“ keine verfassungsrechtlich hinnehmbare Antwort auf eine Bedrohung der rechtsstaatlichen Ordnung durch den Rechtsextremismus sein könne. Auch könnten zu befürchtende Ausschreitungen „linker“ Gegendemonstranten kein Anlass für ein Demonstrationsverbot für Rechtsextremisten sein.²⁴

Durch eine solche gerichtliche Klarstellung fühlen sich Linksextremisten indes in ihrer Einschätzung der Lage bestätigt, dass vom Staat kein wirksames Eingreifen gegen „Nazis“ zu erwarten sei und man deshalb selbst im Wege der so genannten antifaschistischen Selbsthilfe tätig werden müsse. Der Staat sei



²⁴ Bundesverfassungsgericht, Beschluss vom 18. August 2000 - 1 BvR 23/00.

nicht ernsthaft bereit, gegen „Faschisten“ vorzugehen, sondern neige im Gegenteil eher noch dazu, diese zu schützen („Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“).

In der Antifaschismusarbeit wird vor diesem Hintergrund auch die Anwendung von Gewalt als legitimes Mittel der Gegenwehr in einem scheinbar geradezu aufgezwungenen Abwehrkampf angesehen. Zu dem Kampf gegen den angeblichen „Straßenterror“ von Skinheads gehören außerdem das Ausforschen von Treffpunkten und Auflauern des Gegners auf seinem Heimweg sowie Bestrafungs- und Vergeltungsaktionen. Der zu beobachtende Rückgang von Skinheadaktivitäten wird von Autonomen folglich als eigener Erfolg beim „Zurückdrängen“ des „Straßenterrors“ gefeiert.

Die Anwendung von Gewalt durch Linksextremisten erfolgt keineswegs spontan und unkontrolliert. Bei der körperlichen Konfrontation mit „Nazis“ wird strikt auf ein „gesundes“ Kräfteverhältnis zwischen den „antifaschistischen“ Kräften und dem Gegner geachtet:



„In der autonomen Antifa hat sich durchgesetzt, zwischen faschistischen ‚Führern‘ und Mitläufern einer... Naziszene zu differenzieren und, sofern es die Situation zulässt, mit unterschiedlichen Mitteln gegen sie vorzugehen. Gewalt wird von den meisten organisierten Antifas als letztes und abschreckendes Mittel befürwortet. Nach Möglichkeit wird es dosiert gegen die Drahtzieher des braunen Netzes eingesetzt, um diese von ihrem Rekrutierungsfeld zu isolieren und so weitere Gewalttaten zu verhindern. Der Einsatz von Gewalt ist in der Regel zielgerichtet und soll auch für den faschistischen Gegner einschätzbar bleiben. Er dient der Abschreckung und soll den Neofaschisten



deutlich machen, dass es auch für ihre persönliche Existenz von Vorteil ist, sich zu mäßigen. Die praktischen Auseinandersetzungen haben gezeigt, dass Nazigruppen sehr autoritär verfasst sind und es oftmals ausgereicht hat, sich den wüstesten Schlägerführer vor den Augen seiner ‚Kameraden‘ herauszugreifen, um deren Mannes- und Überlegenheitskult zu brechen. Nur wer sich nüchtern darauf einstellt, die verschiedenen Sprachen auch zu sprechen, kann damit rechnen, von schlagenden Nazis ernst genommen zu werden und Einfluss auf ihr Verhalten ausüben zu können. Das ist nicht schön, lässt sich aber bei einem überwiegend brutal vorgehenden Gegner nicht ändern.“²⁵

Autonomen Selbstverständnis zufolge bedeutet Militanz also keineswegs blinder Aktionismus, sondern ziel- und zweckgerichteter, dosierter Einsatz von Gewalt, die über den „praktische(n), unmittelbare(n) Nutzen“, nämlich den angerichteten materiellen Schaden und die „Einschüchterung und Einschränkung des Aktionsradius der Faschisten“²⁶ hinaus eine mobilisierende Wirkung ausüben soll. Die Einstellung gegenüber der Gewalt ist also eine eher taktische, die einschließt, dass man diese lediglich als „notwendiges Übel“ begreift und dementsprechend Aktionen „zumindest nachträglich politisch (und damit auch moralisch) begründet bzw. kritisiert“²⁷.



Die Legitimität der Anwendung von Gewalt gegen Sachen ist in der autonomen „Szene“ unstrittig. Der tätliche Angriff gegen Personen hingegen wird unterschiedlich gesehen. Im Zusammenhang mit „Antifaschismus“ wird diese Form von Militanz allerdings weithin als unverzichtbar betrachtet und unter Umständen auch eine Tötung billigend in Kauf genommen. Selbst die gezielte Tötung ist diskutiert, bislang aber noch verworfen worden:

„Politischer Mord ist und sollte das letzte und unausweichliche Mittel sein, um weiteres Verbrechen zu verhindern, um weiteres

²⁵ „Antifa - Diskussionen und Tips aus der antifaschistischen Praxis“, S. 10/11.

²⁶ „INTERIM“ Nr. 450 vom 14. Mai 1998.

²⁷ „INTERIM“ Nr. 429 vom 7. August 1997.



Menschenleben zu retten. (...) Schüsse auf Nazis sind auch schon mal diskutiert worden, aber dann abgelehnt worden, weil die Meinung sich durchsetzte, dass wir derzeit nicht die gesellschaftlichen Verhältnisse vorfinden, in denen politischer Mord gerechtfertigt und notwendig wäre... . Nazis zu töten ist (derzeit) nicht unser politisches Ziel, auch wenn wir nicht 100% ausschließen können, dass es bei Auseinandersetzungen mit Nazis

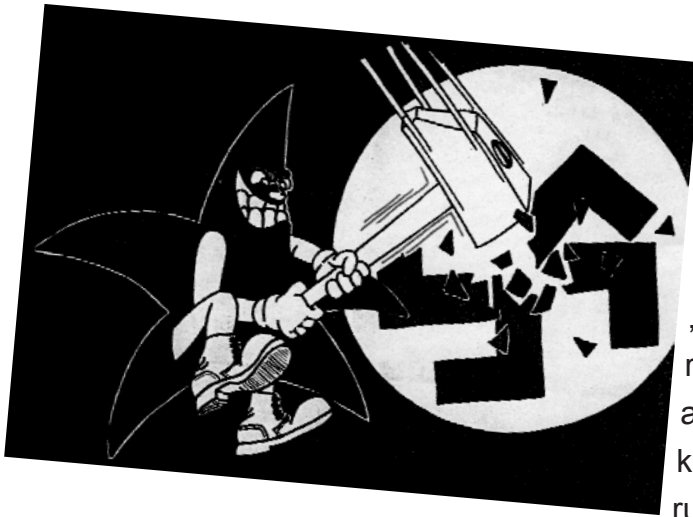
evtl. auch dazu kommen kann, auch wenn das ausdrücklich nicht gewollt ist.²⁸

7. Fazit

„Antifaschismus“ ist im politischen Alltag ein zunehmend gängiger Begriff. Sein schlagwortartiger Gebrauch und unbestimmter Gehalt, verbunden mit einer starken moralischen Komponente, erleichtert es den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Kräften, sich glaubwürdig einem Engagement in diesem Sinne zu verschreiben.

Linksextremistischer „Antifaschismus“ unterscheidet sich maßgeblich von dem in erster Linie moralisch-ethisch begründeten Antifaschismus von Nichtextremisten: Er besitzt durch seinen darüber hinausgehenden ideologisch-strategisch ausgerichteten Charakter eine instrumentelle Funktion. Diese macht ihn zugleich zum Mittel der Difamierung politischer Gegner, zur Grundlage kommunistischer Bündnispolitik, zum Vehikel politischer Einflussnahme und Element kommunistischer Machteroberung. Neben seiner propagandistischen Funktion und hohen Mobilisierungskraft übt er außerdem im linksextremistischen Lager selbst eine stark integrierende Wirkung aus, indem er die unterschiedlichen politischen Kräfte in der Bekämpfung eines gemeinsamen Feindes, des „Faschismus“, unter vorläufiger Zurückstellung politisch-ideologischer Differenzen zusammenführt.

²⁸ „INTERIM“-Sonderausgabe „Runder Tisch der Militanten“ Nr. 498 vom 30. März 2000.



Engagement unter der Flagge des „Antifaschismus“ kann in der Regel allgemeiner Zustimmung gewiss sein und ist bei Linksextremisten sogar geeignet, militante Aktionen unter Hinweis auf die ihnen zugrunde liegende „antifaschistische“ Motivation zu „legitimieren“. Wenn sich Linksextremisten vornehmlich auf die Bekämpfung von Rechtsextremisten konzentrieren, geht es ihnen jedoch nicht darum, die freiheitliche Demokratie gegen Gefährdungen von „rechts“ zu verteidigen.

„Antifaschismus“ in linksextremistischer Interpretation hat kein im eigentlichen Sinne „konservatives“, d.h. systemerhaltendes Selbstverständnis, sondern ein letztendlich systemüberwindendes Ziel. „Antifaschismus“ bedeutet den Kampf gegen jede Form „bürgerlicher“ Herrschaft mit dem Ziel ihrer Überwindung und der Errichtung einer kommunistischen Diktatur bzw. einer - wie auch immer gearteten - „herrschaftsfreien Gesellschaft“. Linksextremistischer „Antifaschismus“ ist Schlagwort, Kampfbegriff und politisches Programm.

Nach dem mit Ratlosigkeit und Resignation hingenommenen „Sieg“ des Kapitalismus und dem damit verbundenen Niedergang der „Linken“ seit 1989/90 ist und bleibt der „Antifaschismus“ auf absehbare Zeit **das** Zugpferd von Linksextremisten, mit dem es seit Anfang der 90er Jahre wieder zunehmend gelungen ist, „linke“ Politikinhalt in die Gesellschaft zu tragen. „Antifaschismus“ ist ein Agitationsfeld für Linksextremisten, auf dem sie - auch wenn es immer mal wieder von aktuellen politischen Themen überlagert sein wird - langfristig für die Zukunft aufbauen können. Politische Wachsamkeit und kritische Reflexion sind bei diesem Thema deshalb angezeigt.

EinSatz!

Zeitung für autonome Politik · Göttingen · November '97

Antifaschistisch kämpfen!

Gedenkaktion zum 8. Todestag von Conny Massmann

... Es gibt viele Arten zu töten. (...) - nur wenige davon ist in diesem Staat verboten.

Erst Maulkorb, dann Handfessel

Hamburg. Die deutsche Polizei hat sich mit einer neuen Taktik bei der Bekämpfung von Antifaschisten auseinandergesetzt. In Hamburg wurden zwei Antifaschisten in der Nacht zum 17. November verhaftet. Die beiden Männer wurden in die Polizeidienststelle in der Göttinger Straße gebracht und dort festgehalten. Die Polizei hat die beiden Männer in der Nacht zum 17. November in die Polizeidienststelle in der Göttinger Straße gebracht und dort festgehalten.

an Antifaschistische Zeitung AZ

für Emmendingen, Freiburg, Waldkirch

Freiburg: Bissierstr. - Sicherheit und menschenwürdige Lebensbedingungen für Flüchtlinge

In der Nacht vom 17. Mai 1997 ist in Freiburg die Bissierstraße im Zentrum der Stadt von einem Brand heimgesucht worden. Die Brandursache ist noch nicht bekannt. Die Bissierstraße ist eine der bekanntesten Straßen in Freiburg. In der Nacht vom 17. Mai 1997 ist in Freiburg die Bissierstraße im Zentrum der Stadt von einem Brand heimgesucht worden.

: antifaschistische nachrichten

Nr. 12

3736 6.6.2007 18. Jahrg./Jahr 0945-3906 1,30 €

WAZAUFMARSCH VERWENDET Rassismus bekämpft den auf der Partner in den

Wegen der „Wiederholung des Antifaschismus in einem linken recht gekennzeichnten Raum“ werden sich die Antifaschisten in der Bund der Antifaschisten Forum Göttingen und der Ulrich Schneider, in seiner gemeinsamen Erklärung. Dieser Bericht ist zugleich ein Beispiel des Antifaschismus in der Bundesrepublik Deutschland.

DIE NEUE RECHTE

Entstehung
Strategie
Ideologie

FLUGBLATT DER ANTIFA OFFENBURG

Avant

Zeitung des RB/IV. Internationales

München - Bielefeld Prügel für Linke Polizeischutz für Nazis

1. EURO (S. 2.)

März 2002

Antifaschistischer Kalender

ANTIFA FLUGI

Repression gegen KuratInnen

Kanthers Schläge kontern!

Die Vorführung von Kanthers in der Nacht zum 17. Mai 1997 ist ein Beispiel für die Repression gegen KuratInnen. Die Vorführung von Kanthers in der Nacht zum 17. Mai 1997 ist ein Beispiel für die Repression gegen KuratInnen.

Staub und Terror

Die Vorführung von Kanthers in der Nacht zum 17. Mai 1997 ist ein Beispiel für die Repression gegen KuratInnen. Die Vorführung von Kanthers in der Nacht zum 17. Mai 1997 ist ein Beispiel für die Repression gegen KuratInnen.

Außerdem: München und demokratische Rechte · Linke Wahlhilfe für SPD-Gründungs-PDS? · Job-aktiv-Gesetz · Tarifrunde IG Metall · Von Verboten und V-Leuten · Von Verantwortlichkeiten und Geschichtslügen · Arbeit poor · Bioethik Teil III · Porto Alegre · Die Achse des Bösen · McDonalde Paris · Nachruf auf Stefan Heym · Irak

VERTEILERHINWEIS

Diese Informationsschrift wird vom Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.

Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.